

ELKE GRYGLEWSKI

Die Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz

Ort des Terrors

Spricht man vom Haus der Wannsee-Konferenz als „Ort des Terrors“, so trifft diese Beschreibung eher im übertragenen Sinne zu. Obwohl 1942/43 jüdische Zwangsarbeiter für Arbeiten im Garten und in der Küche ausgebeutet wurden und litten, zeichnet sich der historische Ort vornehmlich durch das Wohlbefinden der Täter aus. Von 1940 bis 1945 als Gästehaus des Sicherheitsdienstes und der SS genutzt, diente die als private Sommerresidenz erbaute Villa mit ihrer Gartenanlage in den Sommermonaten oft als Picknickgelände für Angehörige der SS und des SD; auch gaben sich übernachtende Gäste laut Dokumentenlage exzessivem Alkoholgenuss hin. Selbst die wichtigste Versammlung in diesem Haus, die heute dem historischen Ort den Namen gibt, fand in einer für die Anwesenden angenehmen Atmosphäre statt. So waren die Teilnehmer für den 20. Januar 1942 zu einer „Besprechung mit anschließendem Frühstück“ geladen worden, und Reinhard Heydrich und Adolf Eichmann stießen im Anschluss mit einem Cognac auf den Erfolg nämlicher Besprechung an.

Weil es sich bei dem Haus der Wannsee-Konferenz überwiegend um einen Ort der Täter handelte, war es nach 1945 sehr schwierig, am Ort eine Gedenkstätte einzurichten oder eine andere Institution, die die historischen Geschehnisse berücksichtigte. Von 1952 bis 1988 wurde das Haus als Land schulheim für den Westberliner Arbeiterbezirk Neukölln genutzt. Bereits 1964

forderte der jüdische Historiker und Auschwitzüberlebende Joseph Wulf, ein „Dokumentationszentrum zur Erforschung des Nationalsozialismus und seiner Folgeerscheinungen“ einzurichten. Er wurde in seiner Forderung von vielen namhaften Personen unterstützt, die auch bereit waren, das Projekt finanziell zu tragen. Seitens der Politik wurde das Projekt mit den Argumenten abgelehnt, man wolle den Kindern nicht den Erholungsort wegnehmen, oder, die Geschichte des Hauses sei dunkel genug, es sei besser, wenn sich hier lachende Kinder aufhielten.

Dass es bei der Ablehnung jedoch um andere Motive ging, kann man an einem Nebenschauplatz der Auseinandersetzungen um das geforderte Dokumentationszentrum sehen: Eine der Personen, die gewillt waren, Wulf zu unterstützen, war Axel Springer. Er knüpfte seine Zusage jedoch an die Bedingung, Wulf und sein Unterstützerkreis sollten auf den zweiten Teil des Namens für das Zentrum verzichten. „... und seiner Folgeerscheinungen“ hätte für die konkrete Arbeit des Zentrums auch die Frage impliziert, was aus den Tätern in der Nachkriegszeit geworden war. Durch die Politik der Regierung Adenauer zur Integration ehemaliger Nationalsozialisten, heute vielfach an Namen wie Globke, Kiesinger oder Filbinger festgemacht, gab es auch in weiten Teilen des öffentlichen Dienstes personelle Kontinuitäten. Angesichts der durch den Kalten Krieg bedingten Systemkonkurrenz sahen Springer und andere in der Offenlegung personeller Kontinuitäten die Gefahr der Unterstützung kommunistischer Propaganda. Die entscheidenden Politiker hatten in den 1950er-, 1960er- und 1970er-Jahren kein Interesse, einen Ort zu etablieren, der zwangsläufig Fragen provoziert, wer die Teilnehmer der Besprechung im Januar 1942 waren, was aus ihnen geworden ist und – nach der Feststellung, dass ein erheblicher Teil von ihnen nicht angemessen zur Verantwortung gezogen wurde – die weiterführende Frage nach personellen Kontinuitäten im öffentlichen Leben der bundesrepublikanischen Gesellschaft überhaupt aufwirft. Die Gedenkstätten in ehemaligen Konzentrationslagern konnten zwar auch erst auf Drängen der ehemaligen Häftlinge eingerichtet werden, dennoch war dieser Schritt leichter zu gehen. Einerseits ist es für postdiktatorische Gesellschaften tendenziell einfacher zu konstatieren, wie schrecklich ein während der Diktatur begangenes Verbrechen ist oder Mitleid mit den Opfern dieser Verbrechen zu formulieren – was bei Besuchen in KZ-Gedenkstätten aus guten Gründen die dominierenden Empfindungen vieler Besucher sind –, als die Frage nach



Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz

© Haus der Wannsee-Konferenz

den Verantwortlichkeiten für diese Verbrechen zu stellen. Andererseits handelt es sich bei den im Kontext der KZ-Gedenkstätten zu benennenden Tätern um diejenige Gruppe, von der eine Distanzierung schnell vollzogen werden kann.

Ganz anders verhielt und verhält es sich mit der Tätergruppe, für die das Haus der Wannsee-Konferenz steht, nämlich diejenige, deren Mitglieder bürokratisch penibel den Mord organisierten und dokumentierten, mehrheitlich ohne direkt an Gewaltexzessen beteiligt zu sein. Die im öffentlichen Leben der Bundesrepublik vertretenen ehemaligen Täter und Mitläufer gingen etwa Anfang der 1980er-Jahre regulär in Pension und gerieten daher weitgehend in Vergessenheit. Darüber hinaus hatte es wichtige Entwicklungen im erinnerungspolitischen Diskurs gegeben – vor allem war mit Ausstrahlung der US-amerikanischen TV Serie „Holocaust“ der Mord an den europäischen Juden ins Bewusstsein der deutschen Öffentlichkeit zurückgeholt worden. So fiel Ende der 1980er-Jahre die Entscheidung, eine Gedenkstätte im Haus der Wannsee-Konferenz zu errichten. Zum 50. Jahrestag der Konferenz am

20. Januar 1992 als Gedenk- und Bildungsstätte eröffnet, gehört die Einrichtung zu den jüngeren Gedenkstätten der Bundesrepublik, deren Geschichte vom historischen Ort bis zur Etablierung und Anerkennung im öffentlichen Raum als Bildungseinrichtung die Geschichte des Umgangs mit der national-sozialistischen Vergangenheit widerspiegelt.

Für die meisten Besucher/innen der Gedenk- und Bildungsstätte, die nicht an von der Bildungsabteilung angebotenen pädagogischen Veranstaltungen teilnehmen, ist das Haus vornehmlich „Ort des Terrors“. Sie kommen vor allem wegen der 90-minütigen Besprechung am 20. Januar 1942, während derer 15 hochrangige Vertreter der SS, der NSDAP und verschiedener Ministerien die Organisation und Kooperation bei der Deportation und Ermordung von elf Millionen Juden besprachen. Die Darstellung dieser Besprechung wiederum nehmen sie im Kontext der in der ständigen Ausstellung dargestellten Entwicklung von der Entrechtung und Vertreibung bis zum Beginn des systematischen Massenmords der deutschen und europäischen Juden wahr. Dies führt vielfach dazu, dass Besucher/innen sehr oft den Kontrast zwischen dem „schönen“ Ort und den „schrecklichen Ereignissen“ hervorheben, die hier „stattfanden“. Diese Wahrnehmung ist nachvollziehbar und kann im engen Sinne nicht als falsch bezeichnet werden. Dennoch ist es wichtig, die Diskrepanz zwischen realen Ereignissen am historischen Ort und der aktuellen Wahrnehmung zu beschreiben, da sich – je nach Gewichtung des einen oder anderen – Folgen für den Umgang mit dem Ort ergeben.

Ort des Gedenkens

Wegen ihrer Wahrnehmung haben viele unbetreute Besucher/innen das Bedürfnis nach Gedenkzeremonien, wie sie in ehemaligen Konzentrationslagern zur Erinnerung an den Tod und das Leiden der Opfer durchgeführt werden. Aufgrund der beschriebenen historischen Ereignisse im Haus verbieten sich jedoch solche Formen des Gedenkens. Das Gedenken an einem Ort der Täter wie dem Haus der Wannsee-Konferenz kann nur individuell stattfinden. Allerdings brauchen die Besucher/innen eine Grundlage, um gedenken zu können: das Wissen um die Geschichte. Die Einrichtung vermittelt diese mit ihren Angeboten und versucht darüber hinaus, die Fähigkeit zur Empathie mit den Opfern zu fördern. Das bedeutet, dass die Auseinandersetzung mit der Geschichte sich hier, wie an anderen Orten der Täter, nicht nur auf die Täter

beschränken darf. Die Perspektive der Opfer wird in der ständigen Ausstellung und in allen pädagogischen Veranstaltungen mit einbezogen, weil dies eine notwendige Voraussetzung ist, um das Ausmaß der begangenen Verbrechen begreifen zu können.

Die Bildungsarbeit steht in engem Zusammenhang mit der Geschichte des Hauses. Die Besprechung am 20. Januar 1942 ist Sinnbild für das Zusammenwirken unterschiedlicher Institutionen im Hinblick auf die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden. Diese Institutionen gestalteten den Völkermord als arbeitsteiligen Prozess, der es den Mitarbeitenden der einzelnen Institutionen ermöglichte, sich nicht persönlich für ihr Tun verantwortlich zu fühlen. Die einzelnen Beamten konnten sich schon allein aufgrund der Dokumente, die auf ihre Schreibtische gelangten, das Schicksal der Opfer vorstellen, wenn sie die ihnen zugänglichen Informationen im Kontext der antisemitischen Propaganda interpretierten. Dennoch nahmen die meisten den Mord an Millionen Menschen als bloßen bürokratischen Vorgang wahr. Vor diesem Hintergrund wurde das Angebot für Berufstätige – insbesondere des öffentlichen Dienstes – entwickelt, deren Berufsgruppe während der Zeit des Nationalsozialismus in den Völkermord involviert war, sich im Rahmen von Seminaren mit der Geschichte ihrer Berufsgruppe während des Nationalsozialismus zu beschäftigen und Strukturen zu hinterfragen, die das passive oder aktive „Mitmachen“ einzelner Beteiligter begünstigten. Zunächst ging es vor allem um Berufsgruppen, bei denen die Mitwirkung bei der Ausgrenzung, Verfolgung und Ermordung der Juden offensichtlich ist (Justiz- und Kommunalverwaltung, Finanz-, Gesundheits- und Sozialbehörden, die Polizei oder das Militär), jedoch stellte man im Laufe der Jahre fest, dass es auch zu vermeintlich unbeteiligten Berufsgruppen wie den Friseuren oder Gärtnern Bezugspunkte gibt. Die Schaffung einer „Reichseinheitlichen Dauerwelle“ oder das Verbot exotischer Pflanzen geben einerseits Aufschluss über die weitreichenden Bemühungen des NS-Regimes, die Gesellschaft unter nationalistischen und rassistischen Vorzeichen gleichzuschalten.

Beschäftigt man sich mit der Schaffung der „Volksgemeinschaft“, wird andererseits – auch durch die Auswahl der Quellen – deutlich, dass nicht alle Deutschen Teil dieser Gemeinschaft sein durften. Das führt zu der Frage, wo es Handlungsspielräume für Angehörige aller Bevölkerungs- oder Berufsgruppen gab, vor deren Augen die Juden ausgegrenzt, entrechtet, deportiert und ermor-

det wurden. Dieser alltagsgeschichtliche Ansatz und insbesondere die Nutzung historischer Dokumente hatten wichtige Folgen für die Arbeit mit Schüler- und Studentengruppen. Im Rahmen von Studientagen zu unterschiedlichen Themenkomplexen, die von „Judentum und jüdisches Leben in Europa vor 1933“ über „Juden unter nationalsozialistischer Herrschaft“, „Planung und Organisation des Völkermords“, „Herrschaft und Alltag im Nationalsozialismus“ bis hin zu „Nachwirkungen des NS-Regimes in Politik und Gesellschaft seit 1945“, „Die heutige Auseinandersetzung mit dem NS-Regime und seinen Verbrechen“ und „Kontinuitätslinien des Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus“ reichen, erarbeiten sich die Schülerinnen und Schüler in kleinen Gruppen anhand der historischen Dokumente Teilaspekte der genannten Aufgabenfelder. Die Ergebnisse der Kleingruppenarbeit werden im Rahmen einer Präsentation mit anschließender Diskussion zusammengeführt. Da dieser Lernansatz nicht dem im Schulunterricht meist durch die Rahmenbedingungen vorgegebenen Lernen entspricht, entwickeln sie bei diesem Zugang vielfach ein verstärktes Interesse an der Thematik.

Gerade bei Schülergruppen kann oft festgestellt werden, dass die Erarbeitung der Geschichte eine für sie wichtige Grundlage für die Bereitschaft ist, die Erinnerung an die Opfer aufrechtzuerhalten. Im Laufe ihrer Beschäftigung mit den Dokumenten, die die Ereignisse sowohl aus der Perspektive der Täter (z. B. Gesetze, Verordnungen, Tagebucheinträge) als auch der Opfer (Briefe, Tagebucheinträge, Autobiografien) zeigen, gewinnt das Schicksal der verfolgten Menschen eine immer größer werdende Bedeutung. Ihre Präsentationen zeichnen sich mehrheitlich durch Empathie mit den Verfolgten aus.

Argentinische Besucher/innen im Haus der Wannsee-Konferenz

Zu den Besucher/innen der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz gehören auch Gäste aus Argentinien, die alleine oder im Rahmen von pädagogischen Angeboten den Ort besuchen. Oft sind es Angehörige von während des Nationalsozialismus verfolgten jüdischen Menschen. Sie stellen hier, wie viele Nachkommen von Verfolgten, aber auch andere Besucher, Fragen, warum und wie der systematische Massenmord an den europäischen Juden geschehen konnte oder wer die Konferenzteilnehmer waren und was aus ihnen nach 1945 wurde. Andererseits wollen sie ihrer ermordeten Angehörigen gedenken. Andere argentinische Besucher/innen kommen als Touristen, die

sich bei ihrem Berlinbesuch auch mit der Geschichte des Nationalsozialismus beschäftigen wollen. Schließlich gibt es Besucher/innen aus Argentinien, deren Interesse primär durch die argentinische Diktaturerfahrung motiviert ist. Sie nehmen die in der ständigen Ausstellung dargestellten Ereignisse vor dem Hintergrund eigener Erfahrungen wahr. Dabei kommt es oft zu Aussagen wie „so war das bei uns auch“, „das erinnert mich an ...“ oder „solche ‚Lager‘ gab es bei uns auch“. Angesichts dieser Vergleiche, die auch von Besucher/innen anderer Länder mit Gewalterfahrung formuliert werden, stellte sich die Frage, ob und wie die jeweiligen Mitarbeiter/innen sich dazu verhalten sollen.

Eine schwierige Frage. Die Unterschiede zwischen den von den Deutschen während des Nationalsozialismus und den während der argentinischen Militärdiktatur begangenen Verbrechen sind offensichtlich, jedoch muss ein sachlicher Hinweis zur Problematik von Gleichsetzungen auf die Betroffenen so wirken, als würde ihr persönliches Leid nicht ernst genommen. Das Trauma eines ehemaligen Gefangenen eines Geheimen Haftzentrums in Buenos Aires würde nicht dadurch vermindert werden, dass man ihm erläutert, wie viele Menschen innerhalb kurzer Zeit in einem nationalsozialistischen Vernichtungslager ermordet wurden.

Damit wird deutlich, dass es bei der Begegnung mit diesen Besucher/innen um andere Fragestellungen und Erkenntnisse gehen muss, die zu einer gemeinsamen Beschäftigung mit der Geschichte des Ortes führen. So könnte zum Beispiel auf die Fragen eingegangen werden, wie eine gewalttätige Diktatur entsteht, welche Strukturen staatlichen Massenverbrechen den Weg ebnen, oder auch, welche Strukturen es Gesellschaften in Diktaturen ermöglichen, Verbrechen nicht wahrzunehmen, obgleich sie sich „vor aller Augen“ abspielen. Vor allem aber können gemeinsame Fragen im Bereich der Nachwirkungen dieser Geschichte für das Heute und Jetzt liegen. Sowohl die argentinischen Besucher/innen als auch die Mitarbeitenden der Gedenk- und Bildungsstätte sind, unabhängig von der Frage, wie weit die jeweilige Diktaturgeschichte ihres Landes zurückliegt, interessiert an der Frage, wie eine Gesellschaft mit den Folgen dieser Geschichte umgehen kann und sollte. Wie kann angemessen der Opfer erinnert werden? Wie gehen die Gesellschaften mit den Tätern und Mitläufern, aber auch mit den Helfern um? Wie kann bei den nachfolgenden Generationen Empathie für das Leiden der Opfer gefördert werden? Wie soll das Grauen an den historischen Orten dargestellt werden, sodass die Besu-

cher/innen sich der Geschichte öffnen und nicht von ihr abgeschreckt werden? Diese und andere Fragen sind es wert, gemeinsam besprochen zu werden, um voneinander lernen zu können. Und wenn argentinische Besucher/innen sich erstaunt zeigen oder sehr kritisch anmerken, dass im Haus der Wannsee-Konferenz Angehörige der Bundeswehr und der Polizei an Studientagen zur Rolle der Wehrmacht und der Polizei im Nationalsozialismus teilnehmen, weil diese Berufsgruppen in Argentinien aufgrund der personellen Kontinuitäten noch zu sehr mit den Tätern der Militärdiktatur identifiziert werden, so können diese Rückfragen Anlass zu einer selbstkritischen Reflexion bieten, ob und inwiefern bei der historisierten Beschäftigung mit den Tätern die Perspektive der Opfer in den Hintergrund getreten ist. Ein Dialog mit den Besucher/innen aus Argentinien ist lohnend und wertvoll, wenn er auch als solcher begriffen wird. Es ist nicht allein die argentinische Gesellschaft, die von der vermeintlichen Erfolgsgeschichte des Umgangs mit der Vergangenheit in Deutschland lernen kann – auch die deutsche Gesellschaft kann sechs Jahrzehnte nach Ende des Zweiten Weltkriegs noch viel dazulernen.